



Verordnung über Fahrzeugabstellplätze (Parkplatzverordnung, PPVO)

vom xx.xx.xxxx

I.	Allgemeine Bestimmungen	3
Art. 1	Inhalt und Geltungsbereich	3
II.	Personenwagen	3
Art. 2	Grundsatz	3
Art. 3	Normbedarf	3
Art. 4	Verkehrerschliessung der Grundstücke (Reduktionsplan)	3
Art. 5	Besondere Verhältnisse	4
Art. 6	Weitere Voraussetzungen	5
Art. 7	Abweichungen bei besonderen öffentlichen Interessen	5
Art. 8	Mobilitätskonzept	5
Art. 9	Rollstuhlgängliche Parkplätze	6
III.	Motorräder und Velos	6
Art. 10	Minimalbedarf für Motorräder	6
Art. 11	Minimalbedarf für Velos	6
IV	Lage, Sicherstellung, Gestaltung	6
Art. 12	Lage und Sicherstellung	6
Art. 13	Gestaltung	6
V	Ersatzabgabe	7
Art. 14	Abgabepflicht	7
Art. 15	Rückforderung	7
Art. 16	Höhe und Verwendung der Ersatzabgabe	7
VI	Übergangs- und Schlussbestimmungen	7
Art. 17	Anwendbares Recht	7
Art. 18	Aufhebung bisherigen Rechts	7
Art. 19	Inkraftsetzung	7

Parkplatzverordnung (PPVO)

vom xx.xx.xxxx

Die Stadt Winterthur erlässt, gestützt auf §§ 242 ff. des Planungs- und Baugesetzes vom 7. September 1975 (PBG), nachstehende Verordnung über Fahrzeugabstellplätze:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Inhalt und Geltungsbereich

Diese Verordnung legt fest, wie viele Parkplätze für Personenwagen und Motorräder und wie viele Abstellplätze für Velos auf privatem Grund erforderlich und zulässig sind.

II. Personenwagen

Art. 2

Grundsatz

¹ Die Minima (Pflichtparkplätze) und Maxima der zulässigen Parkplätze bemessen sich nach der Nutzungsart des Gebäudes (Normbedarf), der Verkehrserschliessung der Grundstücke sowie den besonderen Verhältnissen und besonderen öffentlichen Interessen.

² Die Zahl der Parkplätze wird für jede Nutzungsart am Schluss der Berechnung ab einem Bruchteil von 0.5 aufgerundet.

³ In der Altstadt dürfen keine neuen Parkplätze erstellt werden.

Art. 3

Normbedarf

Der Normbedarf an Parkplätzen ist gemäss der Tabelle in Anhang 1 zu ermitteln.

Art. 4

Verkehrserschliessung der Grundstücke (Reduktionsplan)

¹ Der Bedarf an Parkplätzen ist unter Berücksichtigung der Verkehrserschliessung des Grundstücks aufgrund der Gebietszuteilung gemäss Reduktionsplan (Anhang 2) in Prozentsätzen des Normbedarfs zu ermitteln:

Parkplätze (PP) für Gebietszuteilung gemäss Reduktionsplan	Bewohnende		Beschäftigte		Besuchende und Kundschaft	
	min. %	max. %	min. %	max. %	min. %	max. %
Gebiet I (Zentrum um Hauptbahn- hof)	20	40	10	25	20	35
Gebiet II (Zentren um Bahnhöfe Grüze und Oberwinterthur)	30	50	20	30	30	40
Gebiet III (Stadtgebiete mit guter Bus-Erschliessung)	30	65	20	45	30	60
Gebiet IV (Übriges Stadtgebiet)	45	85	30	65	45	80
Gebiet V Aussenwachen ohne ÖV-Erschliessung nach individueller Beurteilung						

² Der Stadtrat kann den Reduktionsplan anpassen, wenn sich die Verkehrserschliessung eines Gebietes massgeblich verändert hat.

Art. 5

Besondere Verhältnisse

¹ Für Betriebe, die aufgrund ihrer Tätigkeit auf Dienstfahrzeuge (Service- oder Betriebsfahrzeuge) angewiesen sind, erhöht sich die Anzahl Parkplätze um die Anzahl der auf den Betrieb eingelösten Dienstfahrzeuge.

² Eine angemessene Erhöhung der nach Art. 3 und 4 errechneten maximal zulässigen Parkplatzzahl ist zulässig,

a. für Betriebe mit Schichtwechsel ausserhalb der Hauptverkehrszeiten und Betriebe mit Arbeitsbeginn oder -ende ausserhalb der Betriebszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel,

b. für Betriebserweiterungen und -verlagerungen, die zum Verlust von bestehenden Parkplätzen führen, wenn die nach Art. 3 und 4 zulässige Parkplatzzahl zu einem für den Betrieb unzumutbaren Ergebnis führt,

c. bei Nachweis einer wesentlich höheren Arbeitsplatzdichte, als mit dem Normbedarf berechnet.

³ Eine angemessene Herabsetzung der nach Art. 3 und 4 errechneten minimal erforderlichen Parkplatzzahl ist zulässig,

a. wenn auf dem Grundstück Parkplätze für institutionelles Car-Sharing angeboten werden,

b. bei nachgewiesener, zeitlich gestaffelter Mehrfachnutzung,

c. bei autoarmer oder autofreier Nutzung, wobei nur die Anzahl Parkplätze für die Bewohnenden und Beschäftigten herabsetzbar ist, und nur, sofern ein Nachweis für den herabgesetzten Bedarf erbracht und im Grundbuch angemerkt wird, dass Bewohnende und Betriebe auf den Anspruch auf eine Parkkarte in der blauen Zone verzichten,

d. bei Nachweis einer wesentlich geringeren Arbeitsplatzdichte, als mit dem Normbedarf berechnet.

Art. 6

Weitere Voraussetzungen

¹ Der zusätzliche oder verminderte Bedarf nach Art. 5 ist zu begründen.

² Die Verpflichtung, die nach Art. 5 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a und c zusätzlich geschaffenen Parkplätze wieder aufzuheben, falls die Voraussetzungen dafür weggefallen sind, ist vor Baubeginn im Grundbuch anzumerken.

³ Die Verpflichtung, die erforderlichen Pflichtparkplätze nachträglich zu erstellen, falls die nach Art. 5 Abs. 3 herabgesetzte Parkplatzzahl nicht ausreicht, ist vor Baubeginn im Grundbuch anzumerken.

Art. 7

Abweichungen bei besonderen öffentlichen Interessen

¹ Besteht ein besonderes öffentliches Interesse, kann von dem gemäss Art. 3 und 4 errechneten Bedarf an Parkplätzen abgewichen werden.

² Zu den öffentlichen Interessen im Sinne von Abs. 1 zählen (nicht abschliessend):

a. Schutz des Ortsbildes, der Ortskerne, von Schutzobjekten und Freiräumen,

b. Verminderung von regelmässigen Verkehrsstörungen auf dem übergeordneten oder lokalen Strassennetz,

c. Neuansiedlung von grösseren Firmen ausserhalb der Gebiete I und II gemäss Art. 4.

Art. 8

Mobilitätskonzept

¹ Mit einem Mobilitätskonzept werden bei Vorliegen von besonderen Verhältnissen Massnahmen aufgezeigt, die den verursachten Verkehr mit den Strassenkapazitäten sowie mit dem öffentlichen Verkehr und dem Langsamverkehr abstimmen.

² Mit der Erhöhung oder Herabsetzung gemäss Art. 5 Abs. 2 und Abs. 3, Art. 7 sowie bei speziellen Nutzungen gemäss Art. 3 Anhang 1 kann ein Mobilitätskonzept verlangt werden.

³ Ein Mobilitätskonzept muss in der Regel mindestens folgende Aspekte behandeln:

a. Ziel des Konzepts,

b. Zusammenspiel von Parkplatz-Angebot und erwarteter Parkplatz-Nachfrage,

c. Parkplatzbewirtschaftung,

d. Ausstattung der Parkplatzanlagen,

e. Information und Anreize zur Benützung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs,

f. Monitoring und Zuständigkeit für den Vollzug,

g. Massnahmen für den Fall, dass die Ziele nicht erreicht werden.

Art. 9

Rollstuhlzugängliche
Parkplätze

Für Bauten und Anlagen im Geltungsbereich des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) richtet sich die Anzahl erforderlicher rollstuhlzugänglicher Parkplätze sowie deren Lage und Ausgestaltung nach der jeweils geltenden Fassung der Norm SIA 500, Hindernisfreie Bauten.

III. Motorräder und Velos

Art. 10

Minimalbedarf für
Motorräder

Für Motorräder ist mindestens ein Zehntel der für Personenwagen minimal erforderlichen Parkplätze zu erstellen.

Art. 11

Minimalbedarf für
Velos

¹ Die minimal erforderliche Zahl an Veloabstellplätzen berechnet sich gemäss der Tabelle in Anhang 3.

² Bei geringem Bedarf an Veloabstellplätzen kann auf begründetes Gesuch hin der Minimalbedarf nach Abs. 1 herabgesetzt werden, beispielsweise bei Grundstücken an ausgeprägten Hanglagen oder bei grossflächigen Betrieben mit geringer Arbeitsplatzdichte

IV Lage, Sicherstellung, Gestaltung

Art. 12

Lage und Sicherstellung

¹ Die erforderlichen Parkplätze für Personenwagen und Motorräder sind auf dem Grundstück oder in nützlicher Entfernung zu erstellen und nach Möglichkeit in die Baute zu integrieren.

² Liegen minimal erforderliche Parkplätze nicht auf dem pflichtigen Grundstück selbst, ist der dauernde Bestand bei den beteiligten Grundstücken durch öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch sicherzustellen.

³ Die vorgeschriebenen Kunden- und Besucherparkplätze sowie Parkplätze für Schichtbetriebe und Betriebsfahrzeuge sind als solche zu kennzeichnen.

⁴ Veloabstellplätze sind auf dem Grundstück an gut zugänglicher und zweckmässiger Lage anzuordnen.

Art. 13

Gestaltung

¹ Grössere Parkplatzanlagen sind in der Regel mit Bäumen zu begrünen.

² Die Parkfelder sind mit einem wasserdurchlässigen Belag zu versehen. Abweichungen sind zu begründen.

³ Veloabstellplätze für Bewohnende und Beschäftigte sind in der Regel zu überdachen.

V Ersatzabgabe

	Art. 14
Abgabepflicht	Wer die minimal erforderlichen Parkplätze für Personenwagen nicht erstellen kann oder darf und sich auch nicht an einer Gemeinschaftsanlage beteiligen kann, hat eine Ersatzabgabe zu leisten.
	Art. 15
Rückforderung	Werden durch eine Ersatzabgabe abgelöste Parkplätze innert 10 Jahren nach rechtskräftiger Festsetzung nachgewiesen, können die hierfür geleisteten Abgaben ohne Zins zurückgefordert werden.
	Art. 16
Höhe und Verwendung der Ersatzabgabe	Der Stadtrat erlässt Richtlinien über die Bemessung und Verwendung der Ersatzabgaben.

VI Übergangs- und Schlussbestimmungen

	Art. 17
Anwendbares Recht	Die zur Zeit der Inkraftsetzung dieser Verordnung von der zuständigen Baubehörde noch nicht erledigten Baugesuche unterliegen den neuen Vorschriften.
	Art. 18
Aufhebung bisherigen Rechts	Diese Verordnung ersetzt die Verordnung über die Fahrzeugabstellplätze vom 27. Oktober 1986.
	Art. 19
Inkraftsetzung	Der Stadtrat setzt diese Verordnung nach Rechtskraft der kantonalen Genehmigung in Kraft.

Winterthur, xx.xx.xxxx

Im Namen des Grossen Gemeinderates:

Der Präsident: XXX

Der Ratsschreiber: Marc Bernhard

Anhang 1: Normbedarf für Parkplätze für Personenwagen (Art. 3):

Parkplätze (PP) für Nutzungsart	Bewohnende oder Beschäftigte	Besuchende und Kundschaft
Wohnen	1 PP/Wohnung oder 1 PP/80 m ² mGF ^{1,2}	+10 % der Bewohner-PP
Verkaufsgeschäfte^{3,6}		
Lebensmittel	1 PP/150 m ² mGF	1 PP/30 m ² mGF
Nicht-Lebensmittel	1 PP/200 m ² mGF	1 PP/70 m ² mGF
Gastbetriebe⁶		
Restaurant, Café	1 PP/40 Sitzplätze	1 PP/6 Sitzplätze
Konferenzräume, Säli	-	1 PP/10 Sitzplätze
Hotel	1 PP/7 Zimmer	1 PP/2 Zimmer
Büro, Dienstleistungen, Verwaltungen, Ge- werbe und Industrie^{3,6}		
Publikumsorientierte Dienstleistungsbetriebe ⁴	1 PP/80 m ² mGF	1 PP/100 m ² mGF
Nicht publikumsorientierte Dienstleistungs- betriebe ⁵	1 PP/80 m ² mGF	1 PP/300 m ² mGF
Reine Verwaltungs- und Bürobetriebe	1 PP/50 m ² mGF	1 PP/500 m ² mGF
Industrielle und gewerbliche Fabrikation	1 PP/100 m ² mGF	1 PP/750 m ² mGF
Lagerflächen	1 PP/500 m ² mGF	-
Für spezielle Nutzungen wie Schulen, Sporteinrichtungen, Freizeitanlagen, Einkaufszentren, Mischnutzungen mit hohem Anteil Kino, Theater oder Einkauf wird der Bedarf unter Beachtung der einschlägigen Schweizer Norm SN 640 281 des VSS (Schweiz. Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute) fallweise bestimmt.		

¹ Wo zwei Bemessungskriterien erwähnt sind, kann die Bauherrschaft den für sie günstigeren Wert wählen.

² Als massgebliche Geschossfläche (mGF) gilt die Fläche aller dem Wohnen, dem Arbeiten oder sonst dem dauernden Aufenthalt dienenden oder dafür verwendbaren Räume in Voll-, Unter- und Dachgeschossen, unter Einschluss der dazugehörigen Erschliessung und der Sanitärräume samt den inneren Trennwänden.

³ Gemischte Betriebe sind in entsprechende Teile aufzugliedern.

⁴ Beispiele: Bank, Praxen, Coiffeur, Reisebüro, chemische Reinigung.

⁵ Beispiele: Handwerksbetrieb ohne Ladenbetrieb.

⁶ Güterumschlag / Anlieferung separat.

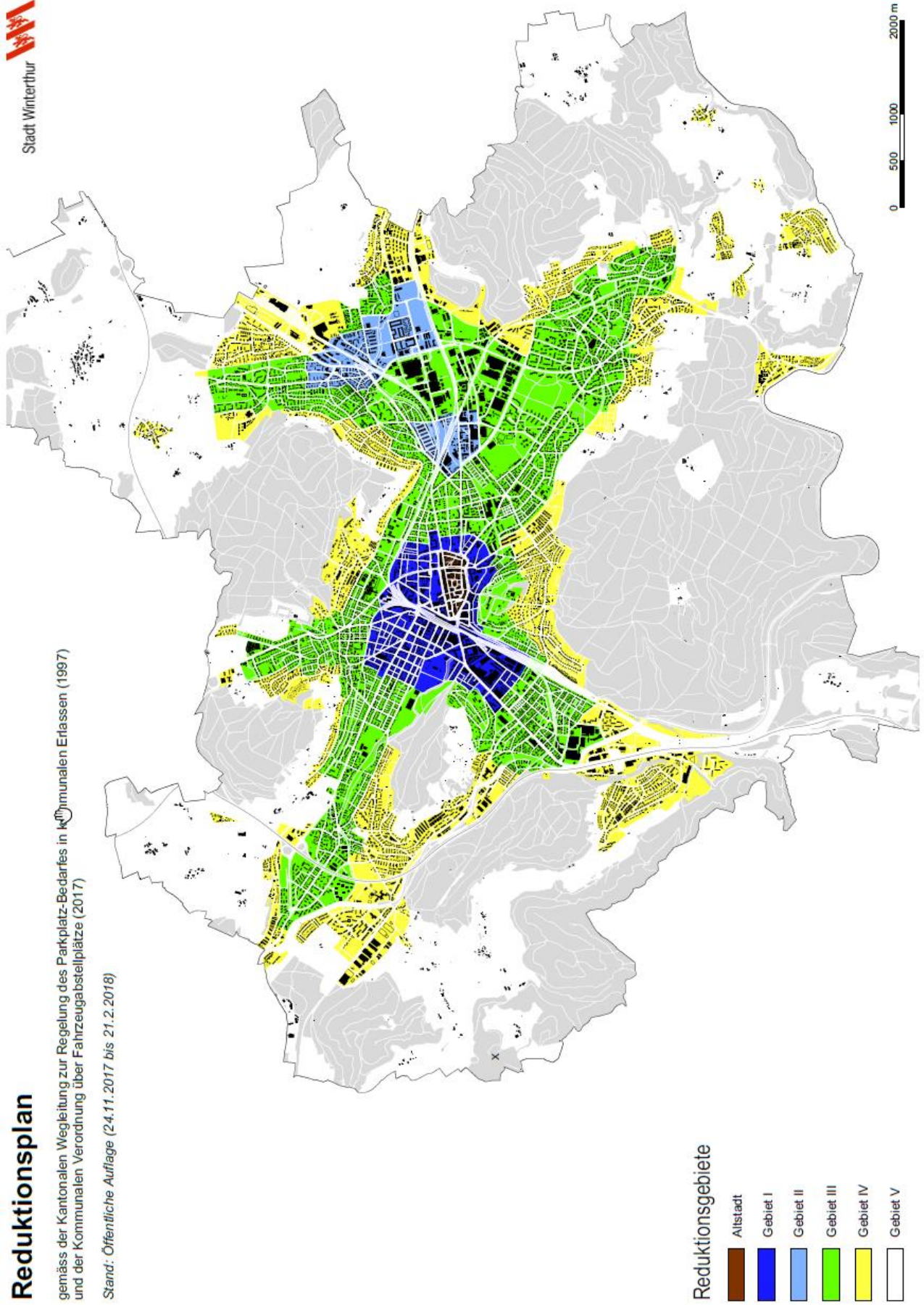
Anhang 2: Reduktionsplan (Art. 4):









Reduktionsplan

gemäss der Kantonalen Wegleitung zur Regelung des Parkplatz-Bedarfes in kommunalen Erlassen (1997) und der Kommunalen Verordnung über Fahrzeugaustellplätze (2017)

Stand: Öffentliche Auflage (24.11.2017 bis 21.2.2018)



Reduktionsgebiete

-  Altstadt
-  Gebiet I
-  Gebiet II
-  Gebiet III
-  Gebiet IV
-  Gebiet V

Anhang 3: Minimalbedarf für Velos (Art. 11):

Veloabstellplätze (VP) für Nutzungsart	Bewohnende oder Beschäftigte	Besuchende und Kundschaft
Wohnen	1 VP/Zimmer oder 1 VP/40 m ² mGF ^{1, 2}	-
Verkaufsgeschäfte³		
Lebensmittel	1 VP/200 m ² mGF	1 VP/50 m ² mGF
Nicht-Lebensmittel	1 VP/200 m ² mGF	1 VP/150 m ² mGF
Gastbetriebe (Restaurant, Café, Konferenzräume, Hotel)	1 VP/5 Beschäftigte	1 VP/5 Sitzplätze; 1 VP/10 Zimmer
Büro, Dienstleistungen, Verwaltungen, Gewerbe und Industrie³		
Publikumsorientierte Dienstleistungsbetriebe ⁴	1 VP/200 m ² mGF	1 VP/250 m ² mGF
Nicht publikumsorientierte Dienstleistungsbetriebe und Gewerbe ⁵	1 VP/200 m ² mGF	1 VP/500 m ² mGF
Industrielle und gewerbliche Fabrikation	1 VP/400 m ² mGF	-
Für spezielle Nutzungen wie Schulen, Sporteinrichtungen, Freizeitanlagen, Einkaufszentren, Mischnutzungen mit hohem Anteil Kino, Theater oder Einkauf wird der Bedarf unter Beachtung der einschlägigen Schweizer Norm SN 640 065 des VSS (Schweiz. Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute) fallweise bestimmt.		

¹ Wo zwei Bemessungskriterien erwähnt sind, kann die Bauherrschaft den für sie günstigeren Wert wählen.

² Als massgebliche Geschossfläche (mGF) gilt die Fläche aller dem Wohnen, dem Arbeiten oder sonst dem dauernden Aufenthalt dienenden oder dafür verwendbaren Räume in Voll-, Unter- und Dachgeschossen, unter Einschluss der dazugehörigen Erschliessung und der Sanitärräume samt den inneren Trennwänden.

³ Gemischte Betriebe sind in entsprechende Teile aufzugliedern.

⁴ Beispiele: Bank, Praxen, Coiffeur, Reisebüro, chemische Reinigung.

⁵ Beispiele: Handwerksbetriebe ohne Ladenbetrieb.